

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Überarbeitet: WV Antrag 01/II/2013

Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen das Zusammenleben in unserem Gemeinwesen mit den Mitteln eines vorausschauenden und gerechten Sozialstaates gestalten. Berlin ist als Metropole im Besonderen von gesellschaftlichen Fehlentwicklungen betroffen, birgt aber auch ein großes Potential für Wegweisende Entwicklungen. Wir stellen das Ziel, die gleichberechtigte soziale und kulturelle Teilhabe aller hier lebenden Menschen zu sichern, in das Zentrum unseres Handelns.

Selbstbestimmung und Selbsthilfe fördern

Der vorausschauende und gerechte Sozialstaat nach unserer Vorstellung muss frühzeitig Armut und soziale Ungleichheiten bekämpfen sowie die Menschen befähigen, ihr Leben selbstbestimmt zu organisieren und ihnen soziale Sicherheit gewährleisten.

Soziale Sicherheit, Teilhabe und Emanzipation sind deshalb die Grundelemente unserer Sozialpolitik. Maßnahmen, Leistungen und Dienste sind auch in Zukunft darauf ausgerichtet, dass sie solidarisch

- die Selbstbestimmung der Menschen stärken,
- die Risiken Alter, Erkrankungen, Arbeitsunfälle und Arbeitslosigkeit absichern,
- die sozialen Ressourcen auch außerhalb des klassischen Versorgungssystems aktivieren,
- Orientierung und Alltagskompetenz stärken,
- in schwierigen Lebenslagen verlässlich Hilfe und Unterstützung leisten und
- die Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen positiv gestalten.

Der Entwurf des vierten Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung vom 16. September 2012 zeigt deutlich, dass sich in Deutschland in den letzten Jahren soziale Entwicklungen von großer Eigendynamik vollzogen haben. Diese führen dazu, dass insbesondere Menschen mit geringen Einkommen, zunehmend aber auch mit mittlerem Einkommen, in die Armut abrutschen können. Gleichzeitig stellt der Bericht fest, dass ein Prozent der Haushalte 25 Prozent des gesamten Volksvermögens besitzen, zehn Prozent der Haushalte sogar über die Hälfte des deutschen Gesamtvermögens binden. Die übrigen 50 Prozent der Haushalte verfügen gerade einmal über ein Prozent des Volksvermögens. Ebenso konstatiert der Bericht das erhebliche Abschmelzen des staatlichen Vermögens im Beobachtungszeitraum von 1992 bis 2012 um 800 Milliarden Euro, auch weil als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrisen ab 2008 private Forderungen und Verbindlichkeiten in staatliche Bilanzen verschoben wurden. Dem gegenüber sind die Gehälter der Manager in den Dax-Unternehmen in den vergangenen 25 Jahren um 713 % gestiegen. Verdiente im Jahr 1997 ein Vorstandsmitglied im Schnitt das 19-Fache

01 der Durchschnittsvergütung seiner Beschäftigten, so er-
02 reichte dies im Jahr 2011 sogar das 54-Fache.
03 Zugleich zeigt der im November 2012 veröffentlichte Schul-
04 denatlas eine ansteigende Verschuldung der Bundesbürger
05 auf. Allein in Berlin waren zum Stichtag rund 371.000 Er-
06 wachsene überschuldet und werden ihren Zahlungsver-
07 pflichtungen auf absehbare Zeit nicht mehr nachkommen
08 können.

09

10 Für uns heißt das:

11 Auch wenn an der Notwendigkeit der Konsolidierung staat-
12 licher Haushalte für uns kein Zweifel besteht, müssen die
13 erforderlichen Ausstattungsstandards der fördernden Infra-
14 struktur eingehalten werden. Dort, wo sie noch unzurei-
15 chend sind oder fehlen, sind sie auszubauen oder zu entwi-
16 ckeln.

17

18 Diese Infrastruktur muss als „soziale Brandmauer“ weiter
19 ausgebaut werden, um dem Entstehen sozialer Risiken und
20 Notlagen besser vorzubeugen. Wir wollen gute und überall
21 verfügbare soziale und gesundheitliche Dienstleistungen
22 sowie aktivierende und bildende Angebote für Kinder,
23 Jugendliche, Familien und Ältere. Sie sind der Schlüssel für
24 eine Gesellschaft, die niemanden ausschließt und müssen
25 so gestaltet sein, dass die Teilhabe daran für alle Menschen
26 möglich ist.

27 Wir werden bessere Voraussetzungen dafür schaffen, dass
28 die Bürger*innen soziale Probleme in ihrem Lebensumfeld
29 selbstbestimmt bewältigen können.

30

31 Dazu gehören u. a.

32

- 33 ▪ eine Wohnungspolitik, die weitere Segregationspro-
34 zesse eingrenzt,
- 35 ▪ eine an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort orien-
36 tierte Verbesserung ihres Wohnumfeldes, um Begeg-
37 nung und Gemeinsamkeit zu fördern,
- 38 ▪ die Stärkung der Nachbarschaften und des freiwilligen
39 Engagements,
- 40 ▪ eine intensivere Vermittlung von Lebens- und Alltags-
41 kompetenz in Bildungswesen und Sozialer Arbeit,
- 42 ▪ der Ausbau von Lebenswelt orientierten und aufsu-
43 chenden Angeboten sozialer und gesundheitlicher Un-
44 terstützung,
- 45 ▪ ein Rechtsanspruch auf Hilfe in schwierigen Lebensla-
46 gen, der Grundlage dafür ist, dass die Menschen als
47 Fachexpert*innen ihres Lebensalltags ernst genommen
48 werden und eine bessere und gezielte personenzent-
49 trierte Hilfe geleistet wird.

50

51 Wir wollen Bildungsprozesse und soziale Unterstützungs-
52 systeme, die auf Selbstbestimmung, Selbstbewusstsein und
53 Selbstorganisation ausgerichtet sind. Diese brauchen die
54 Mitwirkung der Bürger*innen. Um diese zu erreichen und
55 zu befördern, bedarf es auch hervorragend qualifizierter
56 und motivierter Beschäftigter in den Verwaltungen. Berlin
57 soll sich durch Mitwirkung, Mitbestimmung und gesell-
58 schaftliche Wertschätzung in allen Bereichen als Stadt der
59 Bürgerinnen und Bürger auszeichnen.

60 Die Angebote, die von Initiativen, Verbänden und Vereinen
61 organisiert werden, gehören integral zu einem solidari-
62 schen Sozialstaat. Wir wollen die solidarische Zivilgesell-

01 schaft auch mit Hilfe der Verbände befördern und setzen
02 uns für ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen den
03 gemeinnützigen freien und den öffentlichen Trägern der
04 Sozial-, Jugend- und Gesundheitshilfe ein.

05 Eine Überprüfung der Gemeinnützigkeitskriterien erscheint
06 uns sinnvoll, um Rechtssicherheit zu schaffen. Eine Erweite-
07 rung des Zugangs zur sozialen Infrastruktur (z.B. Kinderta-
08 gesstätten) für privatwirtschaftlich und Gewinn orientierte
09 Träger lehnen wir ab.

10 Wir wollen insbesondere Verbände fördern, die schon
11 durch ihre demokratische und solidarische Verfasstheit
12 Gewähr dafür bieten, dass keine eigenwirtschaftlichen
13 Interessen Einzelner in den Vordergrund rücken. Auftrag
14 der Politik ist es, für eine effektive öffentliche Kontrolle
15 dieser Maßstäbe zu sorgen.

16 17 **Gute Erwerbsarbeit gestalten**

18
19 Die Erwerbsarbeit ist in unserer Gesellschaft die maßgebliche
20 Basis der materiellen Existenz und Ausgangspunkt für
21 Würde, Zufriedenheit und Gesundheit. Das gilt insbesonde-
22 re dort, wo die Tarifparteien zu einer für beide Seiten ak-
23 zeptablen Vereinbarung über zu leistende Arbeit und deren
24 Gegenwert gelangen. Gelingt dies nicht, sinkt das Niveau
25 von materieller Existenz, Würde, Zufriedenheit und Ge-
26 sundheit. Die Erwerbsarbeit ist ein wichtiger Teil des Le-
27 bens, muss aber mit Familie und gesellschaftlichem Enga-
28 gement gut vereinbar sein. Das von der SPD in der Koaliti-
29 onsvereinbarung durchgesetzte Handlungsfeld „Gute Ar-
30 beite“ im Rahmen von BerlinArbeit ist hier Wegweisend und
31 muss weiter ausgebaut und umgesetzt werden.

32 Auskömmliche Löhne sind sowohl die materielle Grundlage
33 für ein würdevolles Leben als auch für soziale Sicherheit.
34 Alle sozialen Sicherungssysteme sind abhängig von den
35 gezahlten Beiträgen oder von direkten und indirekten
36 Steuern. Deshalb sind Finanzierungsprobleme sozialer
37 Sicherungssysteme in der Regel Konsequenz systematischer
38 Einnahmedefizite in Folge schlechter Lohnentwick-
39 lung und hoher Erwerbslosigkeit.

40
41 In den vergangenen zwei Jahrzehnten sind die Nettoeal-
42 löhne um 5,3 Prozent gesunken, die Produktivität hingegen
43 ist um etwa 34,7 Prozent pro Arbeitsstunde gestiegen. Als
44 Gegenwert für diese Leistung muss als ein erster Schritt die
45 gute Entlohnung von Arbeit nicht nur in den unteren, son-
46 dern in allen Lohngruppen vorangetrieben werden. Absolu-
47 te Untergrenze für einen gesetzlichen, flächendeckenden
48 Mindestlohn müssen derzeit 8,50 Euro pro Arbeitsstunde
49 sein. Mit dem Vergabegesetz und dem Landesmindestlohn-
50 gesetz haben wir für Berlin die Grundlagen geschaffen und
51 mit dem Land Berlin als Auftrag- und Arbeitgeber Vorbild-
52 charakter bewiesen. Als nächstes muss der bundesgesetzliche
53 Mindestlohn folgen. Flankierend dazu müssen der
54 Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen, wie in der
55 Koalitionsvereinbarung zur Bildung der Bundesregierung
56 zwischen der CDU und SPD vereinbart worden ist, wirklich
57 beendet sowie Minijobs in sozialversicherungspflichtige
58 Beschäftigung umgewandelt werden.

59
60 Wir sind für die Erhöhung der Tarifbindung von Betrieben.
61 Tarifverträge müssen dann für allgemein verbindlich erklärt
62 werden können, wenn ihre Inhalte im öffentlichen Interes-

01 se sind. Im öffentlichen Interesse liegt unter anderem, dass
02 Lohndumping verhindert wird. Öffentliches Interesse be-
03 steht auch bei der Sicherung sozialer Standards und des
04 Tarifvertragssystems.

05

06 **Gute Arbeit bedeutet weniger Abhängigkeit von staatli-** 07 **chen Transferleistungen**

08

09 Gute Arbeit und gute Entlohnung haben auch etwas mit der
10 Unabhängigkeit von staatlichen Fürsorgeleistungen zu tun.
11 Daher muss die indirekte Subventionierung der Lohnkosten
12 beendet werden, indem insbesondere die sog. Aufstocker
13 auskömmlichen Lohn erhalten. Ein allgemein verbindlicher
14 gesetzlicher, flächendeckender Mindestlohn von derzeit
15 8,50 Euro pro Arbeitsstunde wird dieser Ungerechtigkeit
16 entgegen wirken.

17

18 Gute Arbeit bedeutet darüber hinaus Sicherheit des Ar-
19beitsplatzes, ein festes, verlässliches und menschenwürdi-
20ges Einkommen und soziale Sicherheit. Gute Arbeit erfor-
21dert Arbeitsbedingungen, welche die Gesundheit sowie das
22körperliche und soziale Wohlbefinden nicht beeinträchti-
23gen, wie es Ziel der Arbeitsschutzgesetzgebung ist. Dazu
24gehören die menschenwürdige Behandlung am Arbeits-
25platz, die humane Gestaltung der Arbeitszeiten, die Verein-
26barkeit von Familie und Beruf, eine altersgerechte Arbeits-
27gestaltung, der Einfluss der Beschäftigten auf ihre Arbeits-
28bedingungen, die Gleichberechtigung und damit die Ver-
29meidung jeglicher Diskriminierung am Arbeitsplatz. Wir
30setzen uns für Entgeltgleichheit und gleiche Aufstiegschan-
31cen für Männer und Frauen ein.

32

33 Gute Arbeit eröffnet individuelle Entwicklungsmöglichkei-
34ten sowie Aufstiegschancen und bietet entsprechende
35Weiterbildungsmöglichkeiten. Auch eine Quote für Auf-
36sichtsräte und Vorstände kann die Aufstiegschancen für
37Frauen verbessern und so der bisherigen Diskriminierung
38weiter entgegen wirken.

39

40 Eine Untersuchung des Instituts für Wirtschaftsforschung
41Halle (IWH) zeigt, dass massenhaft unbezahlte Überstun-
42den von den abhängig Beschäftigten geleistet werden – mit
43negativen Folgen für ihre Einkommen und ihre soziale Si-
44cherung. Statistisch gesehen beträgt der Anteil der Berliner
45Beschäftigten daran über 44,4 Mio. Überstunden pro Jahr,
46die weder bezahlt noch durch Freizeit ausgeglichen wer-
47den. Eine Überzahl an geleisteten Überstunden macht
48deutlich, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern
49mehr aufgebürdet wird, als dies in der regulären Zeit zu
50leisten wäre. Dies können und wollen wir nicht weiter hin-
51nehmen. Im Rahmen unseres Berliner Programms für „Gute
52Arbeit“ werden wir auf eine Reduzierung dieser Zahlen in
53Berlin hinwirken. Denn Arbeit muss auch gerecht verteilt
54werden. Dafür wollen wir mit einer Verstärkung der Kon-
55trollen bei sozialem Arbeitsschutz sorgen.

56

57 Überlange Arbeitszeiten beeinträchtigen zudem die Ver-
58einbarkeit von Familie und Beruf. Sie prägen die „Omniprä-
59senz-Kultur“ in Betrieben und stehen fortschrittlichen Ar-
60beitszeitmodellen im Wege. Wir wollen Menschen mit
61familiären Aufgaben – sei es für Kinder oder für Pflegebe-
62dürftige – mehr Zeit geben und das Modell der „Familien-

01 arbeitszeit“ umsetzen. Danach erhalten Paare eine gestufte
02 Lohnersatzleistung (je niedriger das Einkommen desto
03 höher der Zuschuss), wenn beide Partner ihre Arbeitszeit
04 reduzieren.

05
06 Es gibt Berufsgruppen, in denen gesundheitliche Risiken
07 Beschäftigte daran hindern, ihren erlernten Beruf bis zum
08 gesetzlichen Renteneintrittsalter auszuüben. In diesen
09 Berufen ist es notwendig, berufsbegleitend die Möglichkeit
10 zu eröffnen, einen weiteren Beruf zu erlernen, der ohne
11 finanzielle Einbußen bis zum tatsächlichen Ruhestand aus-
12 geübt werden kann.

13 Notwendig ist auch ein wirksamer Arbeitsschutz, der maß-
14 geblich Leben und Gesundheit der Arbeitnehmer*innen
15 schützen, ihre Arbeitskraft erhalten sowie die Arbeit men-
16 schengerecht gestalten soll. Mehr als 30.000 Arbeitsunfälle
17 pro Jahr in Berlin belegen, dass dem betrieblichen Arbeits-
18 schutz nach wie vor hohe Bedeutung beigemessen werden
19 muss. Zunehmend rücken psychische Belastungen am Ar-
20 beitsplatz und die daraus resultierenden meist langwierigen,
21 sehr belastenden und teuren Erkrankungen wie z.B.
22 das Burnout-Syndrom in den Blick. Daher muss zukünftig
23 bei Betrieben ab einer bestimmten Größe die Einführung
24 einer betrieblichen Gesundheitsförderung (inkl. betrieblichen
25 Gesundheitsmanagements) zusätzlich zum bereits im
26 Rehabilitationsrecht nach § 84, 2 SGB IX vorgeschriebenen
27 „Wiedereingliederungsmanagement“ gesetzlich durchge-
28 setzt werden.

29
30 Bei der Entwicklung einer gerechten Sozialpolitik erhält der
31 soziale Sektor als Arbeitsmarkt eine besondere Bedeutung.
32 Allein in der Kinder- und Jugendhilfe ist er vom Umfang
33 bundesweit mit der Automobil- und Automobilzulieferin-
34 dustrie vergleichbar. Neben dem unbestrittenen Fachkräf-
35 temangel in den MINT-Fächern besteht bereits jetzt ein
36 großer Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften auch in
37 den SAGE-Berufen, der nur schwer gedeckt werden kann.
38 Als Land Berlin haben wir – insbesondere mit unserem breit
39 gefächerten Schulberufssystem und den Hochschulen in
40 diesen Bereichen – die große Chance, auch weiterhin eine
41 qualitativ hochwertige Ausbildung anbieten zu können.
42 Zusätzlich geben für uns die bundesweit verankerten Frei-
43 willigendienste besonders für junge Menschen einen wich-
44 tigen Bildungs- und Orientierungsrahmen. Wir werden
45 verstärkt für Quereinsteiger Perspektiven schaffen bzw.
46 diese nachhaltig verbessern und damit vor allem jungen
47 Menschen eine neue Chance bieten. Prekäre Beschäfti-
48 gungsformen und atypischen Beschäftigungsverhältnisse
49 lehnen wir ab.

50
51 **Gute Arbeitsmarktpolitik ist auch Sozialpolitik**

52
53 Arbeitsmarktpolitik ist ein wesentlicher Bestandteil sozial-
54 demokratischer Sozialpolitik, wenn sie den Grundsätzen
55 von Guter Arbeit folgt. Denn sozial ist nur, was gute Arbeit
56 schafft. Eine fehlende Qualifikation von heute ist die Lang-
57 zeitarbeitslosigkeit von morgen. Deshalb ist neben guter
58 Bildung eine frühzeitige Berufsorientierung für Jugendliche
59 und die individuelle Unterstützung und Begleitung in
60 schwierigen Situationen unabdingbar. Wir wollen, dass
61 jede*r Jugendliche nicht nur das Recht auf einen Ausbil-
62 dungsplatz erhält, sondern auch die nötige Unterstützung

01 auf dem Weg dorthin.
02 Das gilt ebenso für die Beschäftigungsperspektiven von
03 Langzeitarbeitslosen und gering Qualifizierten. Gerade
04 diese Menschen werden nicht nur stigmatisiert, sondern
05 sind häufig auch von konkreten gesundheitlichen oder
06 sozialen Folgewirkungen betroffen.
07 Im Sinne einer vorausschauenden und gerechten Sozialpoli-
08 tik müssen deshalb gerade diejenigen mit den schwierig-
09 sten Bedingungen zur Teilhabe am Erwerbsleben befähigt
10 werden. Denn auf dem Berliner Arbeitsmarkt sind gerade
11 sie diejenigen, die trotz positiver wirtschaftlicher Entwick-
12 lung kaum von neu entstehenden Arbeitsplätzen profitie-
13 ren können.
14
15 Eine bessere Koordination aller Hilfsangebote ist nötig, um
16 auch Menschen in schwierigsten Situationen wieder Per-
17 spektiven für ein eigenständiges (Erwerbs-)Leben zu ermög-
18 lichen.
19 Zugleich halten wir an einem sozialen Arbeitsmarkt für
20 diejenigen fest, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine
21 unmittelbare Chance haben. Öffentlich geförderte Beschäf-
22 tigung ermöglicht den Einstieg in die Erwerbstätigkeit für
23 diejenigen, die auf dem Arbeitsmarkt wieder Fuß fassen
24 möchten.
25
26 Eine auf Teilhabe am Erwerbsleben orientierte Arbeits-
27 marktpolitik muss auch die Qualifizierung und Nachqualifi-
28 zierung, gerade von Langzeitarbeitslosen und gering Quali-
29 fizierten, in den Blick nehmen. Nur durch eine echte und
30 werthaltige Qualifizierung können angesichts der Realitäten
31 auf dem Arbeitsmarkt neue Chancen für einen nachhaltigen
32 schrittweisen Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt
33 für die große Mehrheit der Langzeitarbeitslosen und gering
34 Qualifizierten geschaffen werden.
35
36 Solche Qualifizierungsmodule müssen in bestehende Be-
37 schäftigungsverhältnisse auf dem sozialen Arbeitsmarkt
38 sowie in andere Beschäftigungssituationen integriert wer-
39 den und vor allem nah an der ausgeübten Beschäftigung
40 orientiert sein, damit sie die Menschen auch tatsächlich
41 befähigen.
42
43 Dabei ist eine individuelle Unterstützung, etwa in Form
44 eines freiwilligen Coachings, sinnvoll, um neue Beschäfti-
45 gungsverhältnisse zu stabilisieren. Solche individuellen
46 Coachings können auch beim Umgang mit nicht primär
47 arbeitsmarktbezogenen Problemlagen, wie individueller
48 Verschuldung von Menschen, dazu befähigen, sich auf
49 lange Sicht wieder eigenständig am Erwerbsleben zu betei-
50 ligen. Deshalb fördern wir im Land Berlin mit Coaching und
51 Qualifizierung gerade diejenigen, die diese Hilfe am meis-
52 ten benötigen. Die betroffenen Menschen binden wir von
53 Anfang an in den Prozess ein. Zentrales Ziel ist die Befähig-
54 ung und Heranführung an den ersten Arbeitsmarkt, um
55 die volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermögli-
56 chen.
57
58 Öffentlich geförderte Beschäftigung soll auch denjenigen
59 Menschen eine stabile Erwerbsmöglichkeit eröffnen, die
60 trotz Unterstützung auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht
61 mehr vermittelbar sind. Darum brauchen wir insbesondere
62 auf der Bundesebene entsprechende arbeitsmarktpoliti-

01 sche Instrumente.

02 Auch sind die Berliner Unternehmen gefordert, sich für
03 Langzeiterwerbslose und Jugendliche mit schwierigen
04 Startbedingungen zu öffnen. Zu einer sozialen Arbeits-
05 marktpolitik gehört auch, Arbeitgeber*innen in die Pflicht
06 zu nehmen, damit sie Menschen eine neue Chance geben.
07 Die Unternehmen, die sich in Berlin niederlassen und Mittel
08 aus der Wirtschaftsförderung in Anspruch nehmen, müssen
09 ihre soziale Verantwortung wahrnehmen. Die Bedingungen
10 für Maßnahmen der Wirtschaftsförderung sind entspre-
11 chend zu ändern.

12

13 **Bedingungen für lebenslanges Lernen verbessern**

14

15 Neben der obligatorischen Weiterbildung müssen auch alle
16 Angebote für lebenslanges Lernen wohnortnah entwickelt
17 werden. Schulen der Sekundarstufen I und II können
18 abends für diese Zwecke geöffnet werden, damit schulische
19 Bildung und Weiterbildung an einem Ort stattfinden und
20 damit bereits Schüler der weiterführenden Schulen an
21 diesem Kulturwandel teilhaben können.

22 Da Arbeitgeber und Beschäftigte gleichermaßen davon
23 profitieren würden, ist zu prüfen, ob die Finanzierung die-
24 ser Kosten durch die Weiterentwicklung der Arbeitslosen-
25 versicherung zu einer Arbeitsversicherung erfolgen kann.
26 Eine an diesen Zielen orientierte „Politik für gute Arbeit“
27 muss die Mitbestimmung der Beschäftigten und ihrer Ge-
28 werkschaften unterstützen und stärken.

29

30 **Soziale Stadt und Mietenpolitik aktiv gestalten**

31

32 Die wachsende Stadt fordert eine solidarische Stadtgesell-
33 schaft heraus. Auftretenden Entmischungsprozessen muss
34 eine aktive Stadtentwicklungspolitik entgegengetreten. Wir
35 wollen, dass Berlin eine lebenswerte Stadt ist und bleibt.
36 Die Kieze Berlins sind das Herz und der Motor der Stadt.
37 Wer aktive Stadtentwicklung betreiben will, wird nicht
38 umhin kommen, die Kieze als schützenswerte Umwelt der
39 Menschen anzuerkennen und Veränderungsprozesse mög-
40 lichst sozial verträglich zu gestalten. Dazu gehört auch der
41 demografische Wandel, dem unsere Gesellschaft unterliegt.
42 Es muss unser Anliegen sein, auch altersgerechtes Wohnen
43 zu stärken und auszubauen.

44 Das erfolgreiche Berliner Quartiersmanagement fördert
45 vielfältig den sozialen Zusammenhalt in den benachteiligten
46 Quartieren Berlins. Wir unterstützen die Initiativen der
47 SPD-Bundestagsfraktion, das Programm „Soziale Stadt“
48 zum Leitprogramm der Städtebauförderung auszubauen.
49 Wir werden den Berliner Anteil der, nach Rücknahme der
50 Kürzungen durch die neue Bundesregierung, wieder bereit
51 stehenden 610 Mio. Euro für die Städtebauförderung aus-
52 lasten und als Land Berlin ebenfalls unseren Beitrag dazu
53 leisten. Dies beinhaltet auch Antworten auf die Frage, wie
54 im Anschluss nach einer Evaluation effektive und sinnvolle
55 Projekte weiter finanziert werden können.

56

57 **Mieten bezahlbar machen**

58

59 85% der Berlinerinnen und Berliner leben zur Miete. Damit
60 ist Berlin Mieterstadt. Festzustellen ist jedoch, dass für die
61 niedrigeren Einkommensgruppen bezahlbarer Wohnraum
62 immer weniger zur Verfügung steht. Wir haben bereits

01 einige Maßnahmen auf den Weg gebracht, mit denen wir
02 dieser Entwicklung entgegenzutreten:
03 Mit dem Mietenbündnis hat Berlin seine sechs städtischen
04 Wohnungsbaugesellschaften auf eine sozial verträgliche
05 Mietgestaltung verpflichtet. Durch Neubau und Zukauf
06 Berliner Bestandswohnungen werden die Wohnungsgesell-
07 schaften ihren Anteil am Mietwohnungsmarkt auf 300.000
08 Wohnungen erweitern. Das schafft einen wirkungsvollen
09 Hebel, den wir einsetzen, um das Mietniveau in der Haupt-
10 stadt bezahlbar zu halten.

11 Durch die erfreuliche Attraktivität unserer Stadt erwarten
12 wir bis zum Jahr 2030 einen Zustrom von ca. 230.000 Men-
13 schen. Diese Prognose werden wir mit einem Neubauför-
14 derprogramm unterstützen, das hilft, die besondere Berli-
15 ner Mischung auch in neuen Stadtquartieren zu verwirkli-
16 chen.

17 Die ca. 100 Genossenschaften in Berlin mit ihren mehr als
18 200.000 Wohnungen sind eine sozialverträgliche, stabile
19 und demokratisch organisierte Säule im Berliner Woh-
20 nungsmarkt. Wir unterstützen den genossenschaftlichen
21 Wohnungsbau und wollen diesen in den nächsten Jahren
22 erheblich fördern, indem wir die Rahmenbedingungen
23 verbessern und entsprechende Förderinstrumente bereit-
24 stellen. Der vom Senat im Jahr 2012 initiierte Genossen-
25 schaftswettbewerb ist dazu ein erster Schritt. Durch das
26 Zweckentfremdungsverbotsgesetz wollen wir den Woh-
27 nungsbestand vor Umnutzung, Leerstand und Abriss schüt-
28 zen. Durch eine Umwandlungsverordnung wollen wir die
29 Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in den
30 sozialen Erhaltungsgebieten einschränken. Die Bezirke
31 müssen mit dem für die Umsetzung notwendigen Personal
32 ausgestattet werden.

33

34 **Inklusion in Berlin verwirklichen**

35

36 Teilhabe für alle! – Die UN-Behindertenrechtskonvention
37 hat die gesellschaftliche Teilhabe zum Menschenrecht
38 erklärt. Ausgrenzungen und Barrieren erleben nicht nur
39 Menschen mit Behinderung; viele Bevölkerungsgruppen
40 sind damit konfrontiert.

41 Unsere gut ausgebaute und funktionale Versorgungsstruk-
42 tur ist nach den Finanzierungsströmen der Pflege, der Ein-
43 gliederungshilfe oder der Jugendhilfe gegliedert. Wir wollen
44 prüfen, ob diese Struktur noch in jedem Falle bedarfsge-
45 recht ist und wirklich allen die Teilhabe ermöglicht.

46 Berlin verfügt bereits über ein differenziertes, bundes-weit
47 vorbildliches Unterstützungssystem für Menschen mit
48 Behinderung mit einem sehr hohen Anteil ambulanter
49 Angebote und Dienste. Diese Strukturen sind unter dem
50 Aspekt der UN-Behindertenrechtskonvention weiter zu
51 entwickeln. Mit einer an den Bürgerrechten orientierten
52 Politik, welche die Fähigkeiten und Bedürfnisse der Men-
53 schen in den Mittelpunkt rückt und auch die Lebenserfah-
54 rungen von Menschen mit Behinderung und deren Angehö-
55 rigen systematisch einbezieht, fördern wir ein Gemeinwe-
56 sen, an dem alle Menschen selbstbestimmt und gleichbe-
57 rechtigt teilhaben können. Erst damit wird es überhaupt
58 möglich, den im Grundrechtskatalog des Grundgesetzes in
59 Art. 3 garantierten allgemeinen Gleichheitssatz vor dem
60 Gesetz zu verwirklichen.

61 Inklusion ist jedoch kein fertiges Konzept. Jede Person, jede
62 Einrichtung oder Organisation wird dabei einen eigenen

01 Weg gehen. Deswegen ist Inklusion auch ein Prozess, der
02 alle betrifft.

03

04 **Armut von Kindern und Jugendlichen bekämpfen**

05

06 Kindheit und Jugend in der Metropole Berlin sind geprägt
07 von den Auswirkungen der Globalisierung, d.h. von Interna-
08 tionalisierung, Migration, Mehrsprachigkeit, dem Zusam-
09 menleben vieler Kulturen und damit der Vielfalt familiärer
10 Lebenslagen. Sie bieten den Kindern und Eltern sowohl
11 Chancen als auch Risiken. Einerseits profitieren Familien in
12 hohem Maße von der Freiheit der Lebensgestaltung nach
13 eigenen Lebensentwürfen und nutzen den Reichtum kultu-
14 reller Angebote unserer Stadt. Andererseits werden Fami-
15 lien oft von ökonomischen Zwängen eingeschränkt, von der
16 Teilhabe am Arbeits- und Kulturleben ausgeschlossen und
17 so an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Die Bekämpfung
18 von Kinderarmut bedeutet deshalb primär eine ausgebaute
19 Versorgung während der schulischen Ausbildung, vor allem
20 im gebundenen Ganztagsbetrieb an Schulen mit gemein-
21 samem Mittagessen, an dem auch benachteiligte Kinder
22 und Jugendliche teilnehmen können.

23 Wer gute Chancen für Kinder will, muss neue Chancen für
24 deren Eltern eröffnen. Auch deshalb kämpfen wir gegen
25 Arbeitslosigkeit und Lohndumping. Wir wollen, dass Eltern
26 von ihrem eigenen Erwerbseinkommen den Lebensunter-
27 halt ihrer Familien sichern, die gesellschaftliche Teilhabe
28 ermöglichen und ihren Kindern eine Perspektive bieten
29 können. Dazu brauchen wir neue Beschäftigung in Berlin
30 und Mindestlöhne in Deutschland.

31 Wir wollen soziale Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe
32 erreichen. Dazu gehört auch, die Vereinbarkeit von Familie
33 und Beruf zu verbessern. Oft sind Alleinerziehende beider
34 Geschlechter – aber auch heute noch immer vor allem
35 Frauen – davon betroffen, keiner Beschäftigung nachgehen
36 zu können und deshalb Sozialleistungen in Anspruch neh-
37 men zu müssen.

38 Ein Mangel an Mitteln darf nicht dazu führen, dass Kindern
39 die Teilhabe am gesellschaftlichen Zusammenleben ver-
40 wehrt bleibt. Wichtig sind deshalb niedrigschwellige Unter-
41 stützungsangebote für Familien, um sie zu fördern und
42 Überforderungen zu vermeiden. Dazu gehören auch das
43 Landesprogramm Berliner Familienzentren, das
44 niedrigschwellig Unterstützungsangebote für Familien
45 vermitteln oder vorhalten soll, die Berliner Stadtteilmütter
46 und die an vielen Bildungseinrichtungen tätigen Elternlot-
47 sen.

48 Angepasst an erschwerte gesellschaftliche Bedingungen
49 sollen integrierte bezirkliche Handlungsansätze entwickelt
50 und verstetigt werden, die in Präventionsketten Familien
51 über institutionelle Übergänge hinweg begleiten, um Eltern
52 zu unterstützen und Kinder möglichst früh zu stärken.

53 2011 wurde das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket
54 für Leistungsberechtigte nach dem SGB II, dem SGB XII,
55 nach § 6 BKGG, dem Wohngeld- oder dem Asylbewerber-
56 leistungsgesetz eingeführt. Auch wenn die auf Initiative der
57 Bundesländer erfolgten gesetzlichen Änderungen 2013 zu
58 Erleichterungen und zu einem Abbau von bürokratischem
59 Aufwand geführt haben, bedarf es weiterer Schritte, um
60 allen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen glei-
61 che Chancen auf Bildung und Teilhabe zu ermöglichen.

62 Ein weiteres wichtiges Instrument zur Bekämpfung von

01 Kinderarmut ist der Unterhaltsvorschuss. Wir erwarten,
02 dass die von der letzten Bundesregierung bereits angekün-
03 digte Anhebung der Altersgrenze von 12 auf 14 Jahre end-
04 lich erfolgt.

05 Wichtig ist auch, die bestehende Ungerechtigkeit beim
06 Familienleistungsausgleich – also bei der Gewährung von
07 Kindergeld und Kinderfreibeträgen – zu beseitigen und so
08 Familien gerechter zu fördern.

09 Wir haben eine Verpflichtung gegenüber den Kindern und
10 ihren Familien, uns mit aller Kraft dafür einzusetzen, dass
11 Armut nicht zu einer dauerhaften Belastung des Lebens
12 wird und zu einer nachhaltigen Ausgrenzung aus unserer
13 Gesellschaft führt.

14

15 **Kulturelle Bildung und Teilhabe ermöglichen**

16

17 Wer aufgrund seiner sozialen Herkunft benachteiligt ist, hat
18 es heute schwer, seine individuellen Lebenschancen zu
19 nutzen. Kultur- und Bildungspolitik hat für uns auch die
20 Aufgabe, sozialer Benachteiligung durch öffentlich finan-
21 zierte Kultur- und Bildungsinstitutionen zu begegnen. Dabei
22 steht vor allem die Förderung von Kindern, Jugendlichen
23 und Familien im Vordergrund, da die Familie nach wie vor
24 entscheidenden Einfluss auf die geistige und kulturelle
25 Bildung hat.

26 Um diesem Anspruch in Berlin gerecht werden zu können,
27 müssen insbesondere die kommunalen Kultur-, Jugend-
28 und Bildungseinrichtungen, die niedrighschwellige Angebote
29 bereithalten, als zentrale gesellschaftspolitische Instanzen
30 gestärkt werden. Neben der musikalischen Früherziehung
31 und Talentförderung in den Musikschulen leisten vor allem
32 die Volkshochschulen einen wichtigen Beitrag für die Volks-
33 und berufliche Bildung. Zudem ist die Volkshochschule mit
34 der Durchführung der Integrations- und Sprachkurse nach
35 dem Zuwanderungsgesetz betraut. Beide Institutionen sind
36 unverzichtbare Bestandteile der kommunalen Infrastruktur.
37 An der Lesekompetenz von Kindern und Jugendlichen ent-
38 scheidet sich ganz wesentlich, welche Chancen sie hinsicht-
39 lich Beruf und Lebensqualität künftig haben werden. Lesen
40 ist damit die kulturelle Schlüsselqualifikation schlechthin.
41 Die Bibliotheken leisten vor diesem Hintergrund einen
42 unverzichtbaren Beitrag für die geistige und kulturelle
43 Bildung vor allem von Kindern und Jugendlichen und brau-
44 chen eine langfristige Perspektive.

45

46 **Unterstützung bei Pflegebedürftigkeit absichern**

47

48 In keinem anderen Bereich ist die Herausforderung für die
49 nächsten Jahrzehnte so gewaltig und zugleich schon so klar
50 erkennbar wie bei der gesellschaftlichen Organisation der
51 Hilfe und Unterstützung bei Pflegebedürftigkeit. Dabei
52 steigt die Brisanz von beiden Seiten der Versorgung: Wäh-
53 rend durch die gestiegene Lebenserwartung die Zahl der
54 Menschen, die der Pflege bedürfen, erheblich zunehmen
55 wird, droht ein abnehmender Zustrom von professionell
56 Pflegenden. Diesen werden auch die pflegenden Angehöri-
57 gen nicht ausgleichen können.

58 Unsere Leitvorstellung ist, dass alle Menschen bis ins hohe
59 Alter hinein selbstbestimmt und möglichst gesund leben
60 können. Um diese Herausforderungen annehmen zu kön-
61 nen, müssen Bund, Land und Bezirke konzertiert zusam-
62 menarbeiten: Es müssen durch die Zusammenführung der

01 sozialen und privaten Pflegeversicherung gerechte und
02 tragfähige Finanzierungsgrundlagen für alle geschaffen
03 werden. Insbesondere der Pflegebedürftigkeitsbegriff muss
04 schnell auf individuelle Bedarfe ausgerichtet werden (weg
05 von der sog. Minutenpflege).

06 Das hohe Maß an Verantwortung, der individuelle Einsatz
07 und die Leistungsbereitschaft von Beschäftigten in der
08 Alten- und Krankenpflege ist viel wert. Das Einkommen der
09 Pflegekräfte bildet deren hohe gesellschaftliche Bedeutung
10 derzeit jedoch in keiner Weise ab. Es ist deshalb dringend
11 erforderlich, das Ansehen dieser Berufe aufzuwerten. Die
12 SPD setzt sich insbesondere auch dafür ein, dass Ausbil-
13 dungsvergütung und Gehälter in der Kranken- und Alten-
14 pflege deutlich angehoben werden.

15
16 Die Pflege muss als Bestandteil der kommunalen Daseins-
17 vorsorge gesehen werden. Das erfordert ein Gesamtkon-
18 zept der wohnortnahen Versorgung und Begleitung auf der
19 bezirklichen Ebene. Auf die Bezirke als zentraler Ort der
20 Daseinsvorsorge kommt eine wachsende Verantwortung
21 für die aktive Gestaltung der sozialen Infrastruktur zu. Das
22 Land (bzw. die Bezirke) müssen dazu durch den Bund finan-
23 ziell befähigt werden.

24 Pflegestützpunkte bieten wohnortnahe und unabhängige
25 Informationen zur Pflege und unterstützen Pflegebedürfti-
26 ge jeden Alters und Angehörige in schwieriger Lebenssitua-
27 tion. Sie lotsen Betroffene durch die unterschiedlichen
28 Sozialleistungsangebote, damit eine effektive Versorgung
29 und Betreuung aus einer Hand auf bezirklicher Ebene ge-
30 währleistet werden kann.

31 Alle Angebote sind zukünftig in einem noch stärkeren Maße
32 als bisher am individuellen Bedarf und Selbstbestimmungs-
33 recht der Betroffenen zu orientieren und deutlicher in das
34 soziale Umfeld einzubinden. Niedrigschwellige, lokale und
35 Gemeinwesen orientierte Angebote, die generationsüber-
36 greifend zu kleinräumlichen Unterstützungsstrukturen
37 führen sowie die Eigenverantwortung und Solidarität der
38 Menschen vor Ort stärken, sind zu fördern. Dazu gehören
39 auch Ansprech- und Koordinationspersonen vor Ort.

40 Die Belange von Menschen mit Behinderung bei der Pflege
41 zu berücksichtigen, erfordert einen ganzheitlichen Blick auf
42 die Gesetzgebung. Reformen im Pflegebereich müssen
43 deshalb mit parallel laufenden gesetzgeberischen Reform-
44 vorhaben in anderen gesetzlichen Sozialleistungsbereichen,
45 wie zum Beispiel im Bereich der Eingliederungshilfe für
46 Menschen mit Behinderung nach SGB XII / SGB IX, abge-
47 stimmt werden. Hierbei ist eine bessere Verzahnung der
48 Leistungen anzustreben. Die Reformüberlegungen müssen
49 sich am Leitbild der Inklusion orientieren. Das heißt, dass
50 allen Menschen das gleiche Recht auf individuelle Entwick-
51 lung und soziale Teilhabe - ungeachtet ihrer persönlichen
52 Unterstützungsbedürfnisse - zugesichert wird.

53 Gerade auch in Berlin stellen wir uns auf eine wachsende
54 Zahl von hochbetagten Menschen mit Migrationshinter-
55 grund ein. Das erfordert eine kultursensible Ausrichtung
56 von Pflege und Versorgung, für die wir uns einsetzen wer-
57 den.

58
59
60
61
62

01 **Gesundheitsangebote an Bedürfnisse der Menschen anpassen**

02
03
04 Wir setzen uns konsequent für eine gute gesundheitliche
05 Versorgung vor Ort ein. Besondere Herausforderungen
06 ergeben sich aus der kulturellen Vielfalt in Berlin. Wir wol-
07 len, dass die Gesundheitsangebote den individuellen Be-
08 dürfnissen der Menschen angepasst und vor allem Zu-
09 gangshemmnisse bei Versorgungsangeboten beseitigt
10 werden. Dies gilt insbesondere auch für Menschen mit
11 Behinderung, denen oftmals der Zugang zu Arztpraxen und
12 Gesundheitsdienstleistungen erschwert ist.

13 Nichts ist besser, als vermiedene oder abgeschwächte
14 Krankheitsverläufe. Gute Präventionsarbeit kann dies
15 bewirken. Gesundheitsförderung muss daher zu einer ech-
16 ten Säule des Gesundheitssystems werden. Auf Bundes-
17 ebene setzen wir uns für die Schaffung eines umfassenden
18 Präventionsgesetzes ein.

19
20 Auch in Berlin kommt der Gesundheitsförderung eine
21 Schlüsselrolle zu. Für eine erfolgreiche Präventionsarbeit
22 müssen neben einer grundsätzlichen Verbesserung der
23 Lebenslagen die Gesundheitsangebote vor Ort vernetzt und
24 gefördert und bessere Aufklärungsarbeit geleistet werden.
25 Der Koalitionsvertrag im Land sieht hierfür – auf Drängen
26 der SPD – ein „Aktionsprogramm Gesundheit“ vor.

27
28 Unsere zentralen Ziele bei der Umsetzung des Aktionspro-
29 gramms zur Gesundheitsförderung sind:

- 30 ■ Identifikation und Verbreitung („Roll-Out“) von Good-
31 Practice-Beispielen;
- 32 ■ Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes;
- 33 ■ Verstetigung sinnvoller Maßnahmen, für die ein Bedarf
34 festgestellt wurde und
- 35 ■ Einwerbung und Bündelung von Mitteln und Ressourcen
36 unterschiedlicher Kostenträger.

37
38 Wir erwarten, dass Mittel für die operative Umsetzung des
39 EU-Aktionsprogramms Gesundheit sowie für dessen wis-
40 senschaftliche Begleitung bereit gestellt werden.

41 **Wohlfahrtsverbände als gesellschaftliche Akteure stärken**

42
43 Die Wohlfahrtsverbände sind mit ihrem Engagement und
44 dem vieler Bürger und Bürgerinnen zentraler Akteur unse-
45 res sozialen Gemeinwesens. Sie erfüllen den Subsidiaritäts-
46 gedanken mit Leben. Sie tun dies mit der Arbeit ihrer
47 hauptamtlich Beschäftigten, in der Bereitstellung sozialer
48 Angebote und Einrichtungen, aber auch und gerade in
49 Selbsthilfegruppen, Nachbarschafts- und Laienhilfen, eh-
50 renamtlichem und bürgerschaftlichem Engagement. Die
51 Verbände wirken als Sammelpunkte und tragen in ihren
52 Organisationsformen zur Unterstützung dieser Selbsthilfe-
53 kräfte bei.

54
55 Die Wohlfahrtsverbände bieten Menschen, die sich gesell-
56 schaftlich engagieren wollen, entsprechend ihren zeitlichen
57 Möglichkeiten und persönlichen Fähigkeiten Betätigungs-
58 und Beteiligungsmöglichkeiten und gestalten damit auch
59 Lernfelder für gesellschaftliche Verantwortung und Solidari-
60 tät. Sie bieten die Voraussetzungen für diese Lernfelder
61 und motivieren bzw. aktivieren Menschen zum Einsatz für
62 das Gemeinwohl. Sie bieten eine Möglichkeit, durch Über-

01 nahme von Verantwortung und Hilfe für andere eine per-
02 sönliche Bereicherung zu erfahren, so z. B. mit der Durch-
03 führung des Freiwilligen Sozialen Jahres für junge Men-
04 schen oder dem Bundesfreiwilligendienst und setzen zu-
05 dem den Gedanken einer Generationen und gesellschaftli-
06 che Schichten übergreifenden Solidarität in die Praxis um.
07 Ehrenamtliche Arbeit im sozialen Bereich kann und darf
08 jedoch nicht die erforderlichen bezahlten, hauptamtlichen
09 Tätigkeiten ersetzen.

10

11 Wir setzen uns dafür ein, dass die Kooperation zwischen
12 Politik, Verwaltung und Verbänden partnerschaftlich ver-
13 bessert und ausgebaut wird. Dazu gehören insbesondere
14 die Kommunikation der Partner auf Augenhöhe und die
15 Anerkennung und das Zu-Rate-ziehen der Fachkompeten-
16 zen der Verbände bei der Erarbeitung von Lösungen für die
17 Sozial- und Gesundheitsstruktur der Stadt.

18

19 Wir wissen: Die komplexen Aufgaben einer funktionieren-
20 den sozialen Infrastruktur und der individuellen Hilfen sind
21 nur gemeinsam zu lösen. Aus der Bundesgesetzgebung und
22 der gesellschaftlichen Praxis hat sich eine Aufgabenteilung
23 ergeben. Angebote, Maßnahmen und Hilfen werden von –
24 in der Regel gemeinnützigen – Freien Trägern vorgehalten
25 und erbracht. Planung, Finanzierung und Kontrolle obliegen
26 dem öffentlichen Träger. Diese Aufteilung ist nicht in allen
27 Bereichen gleich und nicht durchgängig umgesetzt. Vor
28 allem die öffentlichen Träger haben mit der Entwicklung
29 dieser gesellschaftlichen Arbeitsteilung nicht ausreichend
30 Schritt gehalten. Die Stärkung der Planungs- und
31 Controllingfähigkeiten der öffentlichen Träger und deren
32 aufgabenadäquate Personalausstattung und Personalent-
33 wicklung sind wichtige Bedingungen für die weitere part-
34 nerschaftliche Entwicklung der sozialen Infrastruktur.

35

36 Ein gut funktionierendes und zuverlässiges Sozial- und
37 Gesundheitswesen hat eine große Bedeutung für das fried-
38 liche Zusammenleben in einer solidarischen Stadt, aber es
39 ist auch ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor.
40 Über 280.000 Beschäftigten (BGW) also fast ein Viertel des
41 Berliner Arbeitsmarktes (1,18 Mio. Beschäftigte, Statistik
42 Berlin-Brandenburg, März 2012) sind in diesem Sektor tätig.
43 Davon sind wiederum über 100.000 Menschen bei Einrich-
44 tungen und Diensten der Wohlfahrtsverbände beschäftigt.
45 Der von ihnen erbrachte „gesellschaftliche Mehrwert“ ist
46 ein erheblicher Beitrag zum friedlichen Zusammenleben in
47 der Stadt. Wir wollen, dass der Zusammenhang zwischen
48 den finanziellen Anstrengungen der Gesellschaft und den
49 Leistungen der Beschäftigten für den sozialen Frieden gut
50 sichtbar ist. Die „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“
51 der Verbände war dafür ein guter Schritt in die richtige
52 Richtung. Wir werden eine gesetzliche Regelung anregen,
53 die den Beitritt dazu zur Voraussetzung für den Einsatz von
54 Haushaltsmitteln im System machen soll.

55

56 **Den Sozialstaat gerecht finanzieren**

57 Wir wollen Steuer- und Abgabengerechtigkeit herstellen.
58 Eine gerechte und faire Finanzierung des Gemeinwesens ist
59 eine wesentliche Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit,
60 gleiche Teilhabechancen und einen handlungsfähigen Staat.
61 Steuergerechtigkeit heißt, dass die Besteuerung nach Leis-
62 tungsfähigkeit erfolgt und dass starke Schultern mehr tra-

01 gen als schwache. Steuerehrlichkeit stellt sicher, dass die-
02 ses Prinzip für alle gilt.

03 Deshalb ist Steuerbetrug kein Kavaliersdelikt, sondern eine
04 Straftat, die das Vertrauen in den Rechtsstaat untergräbt
05 und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft gefährdet.

06 Wer Steuern hinterzieht, lebt auf Kosten der Gesellschaft,
07 denn mit den Steuern müssen die öffentlichen Aufgaben
08 finanziert werden. Steuerbetrug schwächt das Ordnungs-
09 modell der sozialen Marktwirtschaft.

10 Nach seriösen Schätzungen entgehen den öffentlichen
11 Haushalten in Deutschland jährlich bis zu 150 Milliarden
12 Euro durch Steuerbetrug. Das sind 16 Prozent der gesam-
13 ten Steuereinnahmen. Ein besserer Steuervollzug durch
14 mehr Steuerprüfer in den Finanzämtern kann vorhandene
15 Gerechtigkeitslücken schließen und führt gleichzeitig zu
16 einer geschätzten möglichen Steuermehreinnahme von
17 rund 12 Milliarden Euro.

18 Die Prüfer der Deutschen Rentenversicherung des Bundes
19 (DRV Bund) ermittelten 2012 eine Summe von 432 Millio-
20 nen Euro, die Unternehmen bei der Sozialversicherung
21 nachzahlen mussten. Dieses Rekordniveau bei den Nach-
22 forderungen wurde erreicht, obwohl 2012 mehr als 20.000
23 Arbeitgeber weniger geprüft wurden als noch 2011. Die
24 Kontrollen müssen ausgeweitet werden.

25 Wirksam bekämpft werden muss auch der Sozialversiche-
26 rungsbetrug.

27

28 Nach Berechnungen der SPD (2011) ließen sich die Steuer-
29 einnahmen des Staates um 28 Milliarden Euro jedes Jahr
30 erhöhen, wenn

- 31 ▪ die Vermögenssteuer wieder eingeführt wird (jährlich
32 10 Milliarden Euro),
- 33 ▪ die Körperschaftssteuer angehoben wird,
- 34 ▪ die Transaktionssteuer eingeführt wird,
- 35 ▪ der Spitzensteuersatz auf 49 Prozent angehoben wird
36 (6 Milliarden Euro) und
- 37 ▪ die Rücknahme von schwarz-gelben Steuererleichte-
38 rungen für Unternehmer, Erben und Hoteliers erfolgt
39 (4,5 Milliarden Euro).

40

41 Die Anhebung der Abgeltungsteuer auf 30 oder 32 Prozent
42 würde knapp eine Milliarde Euro ausmachen.

43

44 Wir als Berliner Sozialdemokrat*innen haben zur Kenntnis
45 nehmen müssen, dass die Große Koalition CDU-SPD derzeit
46 nicht beabsichtigt, die steuerrechtlichen Rahmenbedingun-
47 gen so umzugestalten, dass einer Vermögensumverteilung
48 von Unten nach Oben Einhalt geboten wird. Wir brauchen
49 aber diese Steuermehreinnahmen, um u.a. die Handlungs-
50 fähigkeit vieler Kommunen zu gewährleisten und um auch
51 die Sozialversicherungssysteme nicht weiter mit versiche-
52 rungsfremden Leistungen zu belasten. Diese müssen zu-
53 künftig steuerfinanziert sein.

54 Die Berliner SPD hält es nach wie vor für ein zentrales fi-
55 nanzpolitisches Anliegen, perspektivisch wieder eine Ver-
56 mögenssteuer einzuführen. Wir bekennen uns weiterhin zu
57 den auf unseren Landesparteitagen gefassten Beschlüssen
58 zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

59

60

61

62

01 **Erste konkrete Maßnahmen:**

02

03 **Selbstbestimmung und Selbsthilfe fördern**

04

- 05 ▪ Gezielte Förderung niedrigschwelliger lokaler und am
- 06 Gemeinwesen orientierter Angebote, die generations-
- 07 übergreifend zu kleinräumlichen Unterstützungsstruk-
- 08 turen führen und die Eigenverantwortung stärken;
- 09 ▪ Schaffung von Ansprech- und Koordinationspersonen
- 10 im Kiez;
- 11 ▪ bedarfsgerechte Versorgung mit Maßnahmen der
- 12 Gesundheits- und Integrationsförderung mit Präventi-
- 13 onsansatz;
- 14 ▪ rechtliche Festlegung von Ausstattungsstandards in
- 15 den Bereichen, in denen das Land Berlin eine Gewähr-
- 16 leistungsverpflichtung hat die außerhalb von individu-
- 17 ellen Rechtsansprüchen liegt (wie beim Kinderschutz,
- 18 der Familienförderung, der Jugendarbeit usw.);
- 19 ▪ Absicherung angemessener staatlicher Transferleis-
- 20 tungen sowie eine stadtweit vernetzte und konzipierte
- 21 Strategie zur Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung;
- 22 ▪ Berlin braucht ein wesentlich verbessertes Controlling
- 23 System, um den aus den Rechtsansprüchen der Betrof-
- 24 fenen entstehenden Transferkostenblock besser steu-
- 25 ern zu können. Es muss stärker als bisher bei der Eva-
- 26 luation der Wirksamkeit der Hilfen ansetzen. Bei der
- 27 anstehenden Weiterentwicklung sollen die Spitzenver-
- 28 >bände der Wohlfahrtspflege als Vertreter der gemein-
- 29 nützigen Leistungserbringer eingebunden werden;
- 30 ▪ die Option, Budgets für Sozialräume bereitzustellen,
- 31 muss weiter geprüft werden, um zu erreichen, dass
- 32 sich die Akteure in den Sozialräumen besser vernetzen
- 33 und um Synergieeffekte nutzen zu können. Vermieden
- 34 werden muss allerdings, dass dadurch Neu- und Wei-
- 35 terentwicklungen verhindert werden;
- 36 ▪ Um die individuellen Hilfen nach dem Grundsatz „Prä-
- 37 vention vor Intervention“ zielgenauer steuern zu kön-
- 38 nen, müssen ihnen wirksame präventive Maßnahmen
- 39 vorgesaltet werden. Es ist deshalb folgerichtig, diese
- 40 haushaltssystematisch im Transferteil zu etatisieren.
- 41 Gleichzeitig muss das Fallmanagement konsequent
- 42 weiterentwickelt werden.

43

44 **Gute Erwerbsarbeit gestalten**

45

- 46 ▪ Auf eine lückenlose Umsetzung des Landesmindest-
- 47 lohngesetzes hinwirken;
- 48 ▪ Rahmenbedingungen für gute und hochwertige Arbeit
- 49 in Berlin im Rahmen von BerlinArbeit verbessern, um
- 50 dauerhaft attraktive und leistungsfähige Arbeitsplätze
- 51 in Industrie, Dienstleistungen und Verwaltung zu schaf-
- 52 fen;
- 53 ▪ Gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Männer und Frau-
- 54 en absichern;
- 55 ▪ Equal-Pay für Leiharbeiter*innen ohne Tarifvor-
- 56 behalt, Begrenzung der Verleihdauer und Mitbestim-
- 57 mung in den Entleihbetrieben;
- 58 ▪ Ausweitung der Geltung des Berliner Ausschreibungs-
- 59 und Vergabegesetzes (BerlAVG) auch auf Leihbeschäf-
- 60 tigungsverhältnisse;
- 61 ▪ Einrichtung der im BerlAVG vorgesehenen Kontroll-
- 62 gruppe mit sowohl personell wie auch finanziell ausrei-

- 01 chender Ausstattung;
- 02 ▪ Verstärkung der Kontrollen durch das Landesamt für
- 03 Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Si-
- 04 cherheit Berlin (LAGetSi) insbesondere im Hinblick auf
- 05 den sozialen Arbeitsschutz, die Arbeitszeiten, den Aus-
- 06 gleich geleisteter Überstunden sowie die psychischen
- 07 Belastungen am Arbeitsplatz und sowohl personell wie
- 08 auch finanziell ausreichende Ausstattung.
- 09 ▪ Überprüfung der Arbeitgeber von sog. Aufstockenden,
- 10 ob sittenwidrige Löhne bezahlt werden; ggf. harte
- 11 Sanktionierung;
- 12 ▪ Verhandlungen mit der Vereinigung der Unterneh-
- 13 mensverbände in Berlin und dem Deutschen Gewerk-
- 14 schaftsbund – Bezirk Berlin/Brandenburg über die
- 15 Ausweitung der Tarifbindung;
- 16 ▪ Ergänzung der Curricula der Sekundarstufen I und II
- 17 um vertiefende Behandlung von Arbeitsweltfragen, vor
- 18 allem Arbeits- und Lohnpolitik sowie Tarif- und Sozial-
- 19 partnerschaft (Arbeitsbeziehungen/industrielle Bezie-
- 20 hungen);
- 21 ▪ Erarbeitung eines Konzeptes für eine Arbeitsversiche-
- 22 rung, über die vor allem weiterbildungsbedingter Er-
- 23 werbsausfall kompensiert wird;
- 24 ▪ Einführung eines Berliner Siegels „Fairer Betrieb“
- 25 ▪ Kontinuierliche Weiterentwicklung des von uns in
- 26 Berlin etablierten Rahmenarbeitsmarktprogramms für
- 27 Langzeitarbeitslose mit den Tarif- und Sozialpartnern,
- 28 der Bundesagentur für Arbeit, den Bezirken und weite-
- 29 ren relevanten Beteiligten der regionalen Arbeits-
- 30 marktpolitik
- 31 ▪ Berlin soll als Land und als Kommune mit den Bezirken
- 32 in den Trägerversammlungen mehr Einfluss und Mit-
- 33 bestimmungsrechte erhalten. Das SGB II bietet die
- 34 Grundlage für eine einheitliche Förderung der Beschäf-
- 35 tigung. Besonders bei den schwer vermittelbaren Ziel-
- 36 gruppen bedarf es sinnvoller Qualifizierungs- und Be-
- 37 schäftigungsangebote, die einen Wiedereintritt in den
- 38 1. Arbeitsmarkt wahrscheinlicher machen. Dies ist
- 39 durch eine konsequente Nutzung Landes- und kom-
- 40 munalen Angebote (z. B. Mobilitätshilfedienste) und
- 41 einer bedarfsgerechten EGT-Mittelverteilung möglich.
- 42 Die für die Qualifizierung von Zielgruppen verfügbaren
- 43 Mittel in den Job-Centern müssen für diesen Zweck
- 44 ausgeschöpft werden. Die Verwaltungskostenbudgets
- 45 der Jobcenter müssen auskömmlich sein.

47 **Inklusion in Berlin verwirklichen**

- 48
- 49 ▪ Es soll die Umsetzung der UN-Behindertenrechts-
- 50 konvention in allen Lebensbereichen gemeinsam mit
- 51 den Betroffenen („Nicht ohne uns über uns!“) forciert
- 52 werden. Der Aktionsplan zur Umsetzung der UN-
- 53 Behindertenrechtskonvention im Land Berlin wird der-
- 54 zeit weiterentwickelt und muss dann schrittweise rea-
- 55 lisiert werden. Die Landesgesetze werden dahingehend
- 56 überprüft, ob sie hinsichtlich der UN-Konvention einer
- 57 Änderung bedürfen.
- 58 ▪ Die öffentliche Infrastruktur wird so weiterentwickelt,
- 59 dass sie Menschen mit Behinderung gerecht wird. Die
- 60 Informationen der Senatsverwaltungen werden
- 61 schrittweise in leichte Sprache überführt.
- 62 ▪ Im Bereich Wohnen wird der begonnene Dialog mit

01 den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege und
02 den Angehörigenvereinen über das neue Leistungs-
03 und Vergütungssystem für stationäre Einrichtungen
04 fortgesetzt. Die bestehenden Ängste und Verunsiche-
05 rungen der Beteiligten nehmen wir sehr ernst. Es muss
06 der begonnene inhaltlich-fachliche Diskurs zur Hilfebe-
07 darfsfeststellung und Teilhabepanung fortgeführt
08 werden, um weiterhin eine bedarfs- und sachgerechte
09 Unterstützung zu sichern.

10 ■ Es sollen zunehmend Projekte im Land Berlin gefördert
11 werden, die die Beschäftigungsmöglichkeiten von
12 Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeits-
13 markt nachhaltig stärken, ohne die bewährten Ange-
14 bote im Bereich der beruflichen Förderung infrage zu
15 stellen.

16 ■ Das Konzept "Inklusive Schule Berlin" wird im Dialog
17 mit den Eltern von Schülerinnen und Schülern
18 mit sonderpädagogischem Förderbedarf weiter-
19 entwickelt. Die Inklusion von Kindern und Jugendlichen
20 im Schulbereich muss finanziell und personell abgesi-
21 chert werden. Bestehende Finanzierungsvorbehalte
22 sind zu hinterfragen. Unabhängig vom Angebot der in-
23 klusiven Beschulung haben die Eltern weiterhin das
24 Recht, ihre Kinder an sonderpädagogischen Förderzen-
25 tren lernen zu lassen. Wir respektieren und fördern
26 das Wunsch- und Wahlrecht.

27 ■ Das in der UN-Behindertenrechtskonvention festge-
28 schriebene Recht auf chancengleiche Teilhabe am Bil-
29 dungssystem umfasst auch das lebenslange Lernen für
30 Menschen mit Behinderung auf allen Ebenen des Bil-
31 dungssystems. Wir setzen uns ein für ein flächende-
32 ckendes Fort- und Weiterbildungsangebot in den Re-
33 gelstrukturen (z.B. Volkshochschulen).

34 ■ Wir brauchen einen weiteren Ausbau der Familienzen-
35 tren als niedrigschwelliges Angebot insbesondere für
36 benachteiligte Familien, um den Zugang zu bestehen-
37 den Angebots- und Versorgungsstrukturen weiter zu
38 verbessern.

39 ■ Das Antragsverfahren auf Leistungen nach dem Bil-
40 dungs- und Teilhabepaket ist zu verbessern, damit
41 deutlich mehr Anspruchsberechtigte die Leistungen
42 erhalten, die ihnen zustehen. Beispiele guter Verfah-
43 rens- und Verwaltungsstandards in anderen Ländern
44 sind bei der Umsetzung weiterer Maßnahmen des
45 Landes Berlin zu berücksichtigen. Das Land Berlin soll
46 eine Expertise in Auftrag geben, um bestehende Hür-
47 den für Anspruchsberechtigte zu identifizieren und
48 Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, wie die Inan-
49 spruchnahme der Leistungen deutlich gesteigert wer-
50 den kann. Dabei sind Erfahrungen von Antragsberech-
51 tigten, Kitas, Kindertagespflegestellen, Schulen, Horten
52 und Vereinen einzubeziehen.

53 ■ Der Unterhaltsvorschuss ist ein gezieltes Instrument
54 zur Bekämpfung von Kinderarmut. Wir setzen uns für
55 die Anhebung der Altersgrenze im Unterhaltsvor-
56 schussgesetz von 12 auf 14 Jahre ein.

57
58 **Unterstützung bei Pflegebedürftigkeit absichern**

59 Wir werden uns auf Bundesebene einsetzen für:

60 ■ die Schaffung passender Leistungsansprüche (Einfüh-
61 rung eines am tatsächlichen individuellen Bedarf orien-
62 tierten Pflegebegriffes)

- 01 ▪ die Unterstützung passgenauer Strukturen (Unterstützung
- 02 der Pflege zu Hause, Stärkung der Wahlfreiheiten,
- 03 Ausbau Pflegestützpunkte, Stärkung von Tageszeiten-
- 04 pflegeangeboten, Stärkung neuer Wohn-
- 05 /Pflegeformen, Unterstützung ambulanter und statio-
- 06 närer Versorgung, Verzahnung mit Krankenversiche-
- 07 rung)
- 08 ▪ gerechte und tragfähige Finanzgrundlagen durch die
- 09 Einführung der Bürgerpflegeversicherung
- 10 ▪ ein Programm zur dauerhaften Anhebung der Gehälter
- 11 in der Pflege (Alten- und Krankenpflege)
- 12 ▪ eine Mindestpersonalregelung in Krankenhäusern
- 13 ▪ einen Branchentarifvertrag für soziale Berufe
- 14 ▪ die institutionelle Stärkung der Pflegeberufe z.B. in
- 15 Gremien der Selbstverwaltung
- 16 ▪ die Überführung privat „schwarz erbrachter“ Pflegehil-
- 17 fe in die Legalität
- 18 ▪ die Stärkung der Rechte Angehöriger bei der Organisa-
- 19 tion / Ausübung von Pflege (Rechtsanspruch auf Fami-
- 20 lienpflegezeit)
- 21 ▪ eine bessere Unterstützung ehrenamtlicher Strukturen

22
23 Aufgaben für Land und Bezirke sind:

- 24 ▪ die Schaffung von Infrastruktur (Pflegestützpunkte,
- 25 Beratung); es muss mindestens die ursprünglich ange-
- 26 strebte Zahl von 36 Pflegestützpunkten in Berlin er-
- 27 reicht werden.
- 28 ▪ Verzahnung von Politikbereichen (Stadtentwicklung,
- 29 Gesundheit, Arbeit);
- 30 ▪ Übernahme von kommunaler Verantwortung für die
- 31 aktive Gestaltung der sozialen Infrastruktur;
- 32 ▪ Pflege als Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsor-
- 33 ge verstehen (Refinanzierung durch den Bund);
- 34 ▪ Einbettung der Unterstützung von Menschen mit Pfl-
- 35 gebedarfen in ein Gesamtkonzept der Wohnort nahen
- 36 Versorgung; Menschen, die dies wünschen, sollen
- 37 möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung leben
- 38 können;
- 39 ▪ Angebote müssen sich noch stärker an den individuel-
- 40 len Bedarfen und dem Selbstbestimmungsrecht der
- 41 Betroffenen orientieren und in das soziale Umfeld ein-
- 42 gebunden werden.

43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62